

Die Umweltbewegung in der DDR und die Umweltpolitikberatung in den neuen Bundesländern

Susanne Langsdorf, Elena Hofmann



© fotolia/Kob_L



© pixelio/Michael Loeper



© fotolia/EvilGirl

Kurzzusammenfassung

Die Landschaft der nicht-staatlichen Umweltpolitikforschungs- und beratungsinstitute unterscheidet sich in Ost- und Westdeutschland. Während in der BRD besonders durch die Anti-Atombewegung Ende der 1970er Jahre erste nicht-staatliche Institute entstanden, waren unabhängige Institute im politischen System der DDR verboten. Nicht zuletzt aufgrund der massiven Umweltverschmutzungen und intransparenter Informationspolitik entwickelte sich jedoch, teils staatlich vorangetrieben, eine große Umweltbewegung. Deren politisch eher harmlose Aktionen stellten meist die Verantwortung des Einzelnen in den Vordergrund. Gleichzeitig war die Umweltbewegung jedoch auch ein Diskussionsraum für die fehlende Transparenz und Demokratie des politischen Systems und musste zum Konflikt mit dem Staat führen. Nach der Wende wurden denn auch viele Akteure der Umweltbewegung politisch aktiv oder für staatlich geförderte Umweltforschungsinstituten tätig, sodass eine nicht-staatliche Umweltwissenschaft – bis auf wenige Ausnahmen – kaum wachsen konnte.

Dieses Papier ist im Rahmen des Projektes „Vom blauen Himmel über der Ruhr bis zur Energiewende“ (<http://geschichte-umweltpolitikberatung.org/>) entstanden, welches durch das Ecologic Institut mit Unterstützung des Ecornet durchgeführt und durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt gefördert wurde.

Abkürzungsverzeichnis

BMU	–	Bundesumweltministerium
BRD	–	Bundesrepublik Deutschland
DDR	–	Deutsche Demokratische Republik
EU	–	Europäische Union
GNU	–	Gesellschaft für Natur und Umwelt
IIUG	–	Das Internationale Institut für Umwelt und Gesellschaft
ILN	–	Institut für Landesforschung und Naturschutz
ISOE	–	Institut für sozial-ökologische Forschung
PIK	–	Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung
SED	–	Sozialistische Einheitspartei Deutschland
SRU	–	Sachverständigenrat für Umweltfragen
UBA	–	Umweltbundesamt
UfU	–	Unabhängiges Institut für Umweltfragen
WGBU	–	Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltfragen

1. EINLEITUNG

Die Landschaft der nicht-staatlichen Umweltforschungs und -beratungsinstitute unterscheidet sich in Ost- und Westdeutschland. Unabhängige Forschung war in der DDR systembedingt nicht möglich (Neubert 1997). Nicht zuletzt aufgrund der massiven Umweltverschmutzungen und intransparenter Informationspolitik entwickelte sich jedoch eine große Umweltbewegung, deren Konterpart im Westen erheblich zur Gründung nicht-staatlicher Forschungsinstitute beitrug. Die Umweltbewegung der DDR hatte einige Gemeinsamkeiten mit den Umweltbewegungen im Westen, unterschied sich jedoch auch in wichtigen Elementen. Diese Unterschiede wirken bis heute nach. Daher soll in diesem Papier die Entwicklung der DDR Umweltbewegung skizziert werden, um Rückschlüsse auf die besonderen Charakteristika der ostdeutschen Umweltpolitikforschung ziehen zu können. Zudem bietet die zeitgleiche Entwicklung der Umweltbewegungen in der DDR und Westdeutschland in unterschiedlichen politischen Systemen geradezu „Laborbedingungen“ um Voraussetzungen für das Gedeihen von Umweltbewegungen – und kritischer Umweltwissenschaft – zu beleuchten. Die Radikalität, mit der die unabhängige Umweltforschung aber sogar die Umweltbewegung, in der DDR eingeschränkt wurde, kann dabei quasi überspitzt Folgen von Politikmaßnahmen aufzeigen. Diese Erkenntnisse können über den Wert einer rein historischen Betrachtungsweise hinausreichen. Im Zentrum dieses Papiers steht mithin die Frage: In welchem Umfeld und unter welchen Hemmnissen entwickelte sich die Umweltbewegung der DDR? Hatte die ostdeutsche Umweltbewegung auch Vorteile gegenüber der westdeutschen Umweltbewegung?

Projekthintergrund

Dieses Papier entstand im Rahmen des Projekts „Vom ‚blauen Himmel über der Ruhr‘ bis zur Energiewende“, Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“ (kurz: das Projekt), welches von Dezember 2012 bis August 2014 durch das Ecologic Institut durchgeführt wurde.

Obgleich Umweltpolitik eines der wichtigsten Politikfelder in Deutschland ist, gibt es bisher wenig Wissen um die Anfänge und Bedeutung der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung in Deutschland. Welche Rolle hat die wissenschaftsbasierte Umweltpolitikberatung für die Umweltpolitik gespielt? Handelte es sich bei der deutschen Umweltpolitik um eine Entwicklung von oben nach unten oder umgekehrt? Welche Faktoren führten zur Entstehung der einzelnen umweltpolitischen Forschungsinstitute? Welche Rolle spielte die Zivilgesellschaft? Was sind die größten Unterschiede in der ost- und westdeutschen Entwicklung in diesem Bereich und wirken Sie heute noch nach? Das Projekt zielte darauf ab, diese und andere Fragen zu beleuchten und neues Geschichtswissen zu diesen Zusammenhängen zu schaffen.

Zur Beantwortung dieser Frage stützt sich dieses Papier auf eine Literaturrecherche sowie eine Reihe von Interviews mit Zeitzeug/inn/en, die im Rahmen des Projekts „Vom ‚blauen Himmel über der Ruhr‘ bis zur Energiewende“ durchgeführt wurden.

Im Folgenden wird zunächst auf die Methodik des Projektes – die Oral History – eingegangen. Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Umweltpolitik und der oppositionellen Umweltbewegung in der DDR und während der Wendezeit. Zuletzt wird die nicht-staatliche Umweltforschung- und -beratung in den neuen Bundesländern betrachtet.

2. METHODIK

Im Rahmen des Projekts wurden insgesamt 20 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zur Entstehung und Entwicklung der Umweltpolitikforschung und -beratung interviewt. Die Interviews wurden unter Anwendung der „Oral History“-Methode geführt. Mit der Oral History Methode sammeln Wissenschaftler/innen Erinnerungen und Kommentare geschichtlicher Relevanz. Die Methode wird mittels strukturierter Interviews durchgeführt, die als Video oder in Tonformaten aufgezeichnet und transkribiert werden (Ritchie 2003). In diesem Projekt wurden 19 der Interviews gefilmt, ein Interview wurde telefonisch

durchgeführt und aufgezeichnet. Alle Interviews wurden unter Nutzung eines einfachen Transkriptionssystems verschriftlicht. Das Genre dieses Oral History Projekts war eine Mischform aus Themen- und Lebensgeschichte (zur Einordnung siehe: Larson 2006). Aufgrund des Spezifikums der Thematik wurden ausschließlich Expertinnen und Experten interviewt. Die eingeladenen Zeitzeugen waren vornehmlich Gründer nicht-staatlicher Umweltforschungs- und beratungsinstitute, da diesen Instituten das Hauptinteresse des Projekts zukam. Um die Entwicklung der deutschen Forschungs- und Beratungsinstitute im Umweltbereich einordnen zu können, wurden jedoch auch staatliche Beratungsinstitute und die staatlichen Auftraggeber in das Projekt einbezogen. Es wurden daher zusätzlich Zeitzeuginnen und Zeitzeugen des Wissenschaftlichen Beirats Globale Umweltfragen (WBGU), des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU), des Umweltbundesamts (UBA) und verschiedener Bundesministerien interviewt. Die Auswahl der Zeitzeug/inn/en „von verschiedenen Seiten“ sollte zudem der häufig kritisierten inhärenten Schwäche von Zeitzeugeninterviews – der inakkuraten oder falschen Erinnerung und Subjektivität – entgegenwirken (Ritchie 2003; Shopes 2002).

Die Auswahl der Interviewerinnen und Interviewer wurde ebenfalls bewusst durchgeführt: Themenorientierte Oral History Projekte profitieren meist von Interviewern mit großem Fachwissen, gleichzeitig wird die Neutralität solcher Interviewer bezweifelt (Larson 2006). Um diese Spannung zu lösen, wurden alle Interviews durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler durchgeführt, die heute im Bereich der Umweltpolitikforschung und -beratung tätig sind und die Landschaft entsprechend gut kennen. Allerdings gehörten alle Interviewer/innen einer jüngeren Generation als die Zeitzeug/inn/en an, was die notwendige Distanz ermöglichen sollte.

Die Interviews wurden unter Nutzung eines halbstandardisierten Fragebogens durchgeführt, der an den jeweiligen Zeitzeugen angepasst wurde. Der Fragebogen enthielt folgende Fragenkomplexe: Beschreibung der Entstehungsgeschichte der deutschen Umweltpolitik; Anfänge der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung; Gründungsgeschichte des jeweiligen Instituts des Befragten; Beziehung der Institute zum etablierten Wissenschaftssystem und untereinander; sowie Entwicklungsphasen der wissenschaftsbasierten Umweltpolitikberatung. Zeitzeuginnen und Zeitzeugen mit entsprechendem Karriere- und Lebenshintergrund wurden zudem über die Rolle der EU für die wissenschaftsbasierte Umweltpolitikberatung und die Entwicklung der Umweltforschung und Umweltbewegung in der DDR befragt. Diese Themenkomplexe wurden in Fragekomplexen zusammengefasst, die jedoch nicht schematisch, sondern dem Gesprächsverlauf angepasst, erfragt wurden. Neben diesem Hauptgerüst wurde für die Zeitzeug/inn/en, die in staatlichen Beratungsinstituten oder im für staatliche Behörden tätig waren (oder noch sind), ein zweiter Fragebogen entwickelt. Dieser Interviewbogen lehnte sich in Logik und Struktur stark an den Hauptfragebogen an, betonte jedoch die Entwicklung auf staatlicher Seite sowie die Sicht auf die bzw. Wahrnehmung der Behörden der nicht-staatlichen Institute.

Zur Entwicklung der Umweltpolitik und Umweltbewegung in der DDR befragte das Ecologic Institut insbesondere den Zeitzeugen Dr. Michael Zschiesche. Doch auch andere Zeitzeug/inn/en teilten ihre Erfahrungen zu dem Thema. Dr. Michael Zschiesche wurde 1964 geboren und wuchs in der DDR auf. Er ist Diplom-Ökonom und Jurist und arbeitet als Vorstandssprecher und geschäftsführender Vorstand des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen (UfU).

3. DIE UMWELTPOLITIK UND UMWELTBEWEGUNG DER DDR

Die Umweltbewegung der DDR entstand in den siebziger Jahren unter dem Eindruck massiver Umweltschäden. Hohe Luft- und Wasserverschmutzung, Chemikalienbelastung, Waldsterben¹ und wilde Mülldeponien waren die größten Umweltprobleme. Die DDR hatte einen überdurchschnittlich hohen Primärenergieverbrauch und die intensive Braunkohleförderung trug erheblich zu den Belastungen bei: die DDR emittierte fast doppelt so viel Schwefeldioxid wie Westdeutschland – bei deutlich kleinerer Bevölkerung (Meyerhoff, Petschow und Thomasberger 1990; Rosenblatt 1986; Waschkuhn und Thumfart 1999). Hinzu kamen eine hohe Bodenkontamination durch das Militär und den Uranerzabbau

¹ 1988 waren 44 % des Gesamtwaldes der DDR geschädigt (Waschkuhn und Thumfart 1999, 313).

sowie starke Wasserverschmutzung durch die Chemieindustrie, Kalibergbau und schlechte Klärung von Abwasser. Auch in den LPG-Großbetrieben des landwirtschaftlichen Sektors² entstanden enorme Umweltschäden: In den achtziger Jahren war der Nitratgehalt im Wasser fünf Mal höher als 1960 und es wurden großflächig, jedoch ineffizienter als im Westen, Agrochemikalien eingesetzt. Nichtsdestotrotz trugen die landwirtschaftlichen Belastungen kaum zur Entwicklung der Umweltbewegung bei (Beleites 2003). Die Umweltbewegung entstand hauptsächlich in den Industriezentren der DDR, in denen die Bevölkerung direkt durch Umweltverschmutzungen betroffen war. Bereits 1971 hielten 90% der Einwohner der Industriezentren Bitterfeld und Schwerin die Luftverunreinigungen in ihrer Stadt für gesundheitsschädlich. Diese Einschätzung wurde durch gesundheitliche Beeinträchtigungen bestätigt: Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislauferkrankungen und Krebsleiden häuften sich in den Industriegebieten, das Knochenwachstum bei Kindern im Industriezentrum Bitterfeld lag deutlich unter den Normalwerten (Behrens 1993; Rosenblatt 1986; Waschkuhn und Thumfart 1999). Zudem kamen Havarien, Störfälle und Brände in Betrieben und Industrieanlagen, allein 1970 wurden 1584 Brände, 117 Explosionen und 728 Havarien gemeldet (Zschiesche 2012).

Im Gegensatz zur sich zeitgleich entwickelnden westdeutschen Umweltbewegung, in der die „Skepsis (...) und die Angst der Bürger“ (Höpfner, Interview 29.05.2013) vor der Atomkraft und vor geplanten Großindustrieanlagen (Sailer, Interview 19.09.2013), also das Risikoempfinden ein entscheidender Faktor war, entwickelte sich die ostdeutsche Bewegung aufgrund von fühl- und sichtbaren Belastungen. Gemeinsam war jedoch beiden Bewegungen, dass sie auf die Untätigkeit des Staates im jeweiligen Problemfeld reagierte. Im Westen waren zu diesem Zeitpunkt die „staatlichen Institutionen [...] sämtlich starke Befürworter der Kernenergie und hatten [...] die Kritik an der Kernenergie, auch die konstruktive Kritik an der Kernenergie, [...] die hatten sie nicht drauf, die hatten sie nicht verinnerlicht. Das heißt diese Feld lag brach“ (Höpfner, Interview 29.05.2013). In der DDR gab es zwar eine fortschrittliche Umweltgesetzgebung, doch „in einem Land das [...] kein Korrektiv hat für irgendwas [...], nichts wirklich unternehmen will, läuft das natürlich alles ins Leere“ (Zschiesche, Interview, 20.03.2013).

Zwei politische Paradigmen wirkten dabei in besonderem Maße einer erfolgreichen Umweltpolitik der SED entgegen: zum einen wurde der Umweltschutz dem Primat der Wirtschaft untergeordnet. Trotz des unterschiedlichen politischen Systems bemaß die DDR Führung ihren Erfolg maßgeblich an der wirtschaftlichen Stärke der DDR, die über eine starke Industrialisierung erreicht wurde: Der Anteil der Industrie am Nationaleinkommen stieg beständig und betrug 1984 bereits 70%. Dabei waren Maschinen- und Fahrzeugbau sowie chemische Industrie die wichtigsten Industriezweige (Rosenblatt 1986).

Zum anderen wurden Umweltprobleme mit der Wirtschaftsweise im kapitalistischen System erklärt, der Sozialismus wiederum sei das System, welches die Ausbeutung von Mensch und Natur überwinde (Neubert 1997). „[O]ffziell gab es ja gar keine Umweltprobleme. [...] Aber das hat natürlich nur gezeigt, wie wirklichkeitsfremd letztlich auch schon die Verantwortlichen der DDR waren. Andererseits hat das eher dazu aufgestachelt zu sagen, also so eine Wirklichkeitsverweigerung, das ist doch unglaublich.“ „Deswegen war das auch so politisch, der Umweltschutz in der DDR“ (Zschiesche, Interview, 20.03.2013). Mit zunehmenden Umweltproblemen ging der Ideologiegehalt in einigen Beiträgen zurück (Timm 1985), einige Autoren werteten Publikationen über eine ökologischen Krise jedoch auch als Propaganda: „Wenn beflissene Ideologen und Propagandisten des Monopolkapitals [...] große Mühe darauf verwenden, der Menschheit eine allgemeine ökologische Krise anzudichten, dann ist der Zweck dieser Manipulation nur allzu durchsichtig. Versuchen sie doch damit, von sozialökonomischen Ursachen der Umweltprobleme in ihrer Gesellschaft abzulenken und ‚ökologische Verbrechen‘ des Kapitals sozusagen auf die ganze Menschheit zu verteilen [...]. Die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus erweist sich so immer deutlicher nicht nur als eine gesellschaftliche Notwendigkeit, sondern auch als eine ‚Naturnotwendigkeit‘“ (Zeitschrift „für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus“ zitiert aus: Rosenblatt 1986).

² In den achtziger Jahren betrug die durchschnittliche Betriebsgröße in Westdeutschland 17,8 Hektar, in der DDR 4636 Hektar.

Beide Paradigmen trugen erheblich dazu bei, dass die im Folgenden vorgestellte fortschrittliche Gesetzgebung nicht erfolgreich umgesetzt werden konnte.

3.1 Umweltpolitik in der DDR

Insbesondere im Vergleich zur BRD wurden in der DDR früh umfassende Gesetze zum Schutz der Umwelt eingeführt. Ab 1954 gab es ein Naturschutzgesetz, welches das Reichsnaturschutzgesetz von 1935 ablöste, 1968 erhielt der Umweltschutz Verfassungsrang (Zschiesche 2012). 1969 wurde eine Strahlenschutzverordnung eingeführt. 1970 führte die DDR das Landeskulturgesetz ein, welches als sehr fortschrittlich galt. Es wurde unter anderem als Reaktion auf den nationalen und internationalen Drang nach einem integrierten Umweltschutz eingeführt und beinhaltete neue rechtspolitische und ökonomische Instrumente. Gleichzeitig wurde bereits in der Präambel des Landeskulturgesetzes die Unterordnung der Natur unter übergeordnete Ziele deutlich: „In der Deutschen Demokratischen Republik dienen die Natur und ihre Reichtümer dem Volk...“ (Gesetzblatt der DDR 1970; Schwartau 1985). Kurz nach Einführung des Landeskulturgesetzes wurde 1971 das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft gegründet, 14 Jahre vor der Gründung des Bundesministeriums für Naturschutz, Umwelt und Reaktorsicherheit in der BRD. Außerdem gab es eine Umweltschutzabteilung in der Akademie der Wissenschaft und lokale Naturschützer/inn/en sammelten sich im Kulturbund (Waschkuhn und Thumfart 1999; Würth 1985).

Trotz der formalen Existenz von Umweltgesetzen und Umweltschutzorganen war die Anwendung dieser Gesetze sowie Transparenz gegenüber der Bevölkerung sehr schwach. Auch wenn einige Umweltprobleme wie die dramatische Luftverschmutzung, offensichtlich wurden, war die Bevölkerung doch über ihr Ausmaß nicht informiert (Waschkuhn und Thumfart 1999). Umweltdaten wurden nicht veröffentlicht, sondern galten als Staatsgeheimnis, 1982 wurde die „Anordnung zur Sicherung des Geheimschutzes auf dem Gebiet der Umweltdaten“ erlassen. Selbst Ergebnisse gesundheitlicher Untersuchungen werden nicht mit den Betroffenen geteilt (Rosenblatt 1986). Der Zeitzeuge Michael Zschiesche betont, dass diese Vorgehensweise charakteristisch für autokratische Regime ist „...die ihre Bevölkerung so ein Stück weit dadurch eben auch opfert und im Unklaren lässt. [...] an solchen Informationspolitiken kann man leider auch sehr viel ablesen über den Charakter dieses Systems“ (Zschiesche, Interview, 20.03.2013). Die Wirtschafts- und Planungsverwaltung der DDR verstießen immer wieder gegen festgelegte Umweltstandards (Kloepfer 2004). Grenzwerte zur Luftreinhaltung wurden oft überschritten (Schwefeldioxid, Feinstaub) oder kaum gemessen, und hatten daher keine Wirkung (Würth 1985). Selbst bei der Nuklearkatastrophe 1986 in Tschernobyl, aber auch bei den vielen Unfällen und Havarien, wie die Explosion im Elektrochemischen Kombinat Bitterfeld 1968, wurde die Bevölkerung nicht oder nur mangelhaft informiert (Waschkuhn und Thumfart 1999; Zschiesche 2012). Besonders die intransparente Informationspolitik seitens der DDR Regierung nach Tschernobyl führte zu hoher Beunruhigung, mangelndem Vertrauen in die staatlichen Organe insbesondere auch bezüglich der Sicherheit von Atomanlagen in der DDR sowie einer Zuwendung zu Westmedien für die nötigen Informationen (Neubert 1997).

Von staatlicher Seite wurde der Umweltschutz nicht nur Wirtschaftsinteressen und Sicherheitspolitik untergeordnet, auch die Erhöhung des Konsumniveaus wurde vorrangig behandelt (Waschkuhn und Thumfart 1999; Behrens 1993). Im Landeskulturgesetz hieß es „Der Ministerrat hat in seiner Verantwortung für die zentrale staatliche Planung und Leitung zu gewährleisten, dass bei unterschiedlichen Standpunkten zur Durchführung grundsätzlicher landeskultureller Aufgaben den gesamtgesellschaftlichen Interessen der Vorrang gegeben wird“ (Rosenblatt 1986). Dies bedeutete in der Anwendung, dass beispielsweise Maßnahmen zur Luftreinhaltung durch Betriebe nicht eingehalten werden mussten, wenn die Planerfüllung eine höhere Produktion erforderte, als die die Filteranlagen erlaubten (Schwartau 1985).

Während in der BRD die GRÜNEN an Bedeutung gewannen, gab es im Einparteiensystem der DDR keine ähnliche Möglichkeit für die Bevölkerung, Umweltfragen in die Politik zu tragen. Auch wenn das Ausmaß der Umweltschäden der Bevölkerung aufgrund der schlechten Informationslage unbekannt war, wurde die schlechte ökologische Lage zum Beispiel durch die

steigende Luftverschmutzung und das Waldsterben immer sichtbarer. So beteiligten sich viele Bürger/inn/en an Naturschutzaktionen (Würth 1985) sowohl des staatlich organisierten Umweltschutzes, wie auch der Aktionen der Umweltbewegung, die vom Ministerium für Staatssicherheit überwacht wurden. Auch Publikationen zum Zustand der Umwelt wurden oft beschlagnahmt oder verboten. Dieser Umstand führte jedoch auch dazu, dass das Thema Umwelt als Vehikel genutzt werden konnte, um allgemein Kritik am politischen und wirtschaftlichen System der DDR zu üben. „Nicht bei allen³ war das [...] dem starken Umweltbewusstsein [...] geschuldet, sondern das war in erster Linie auch ein Opponieren gegen die DDR und gegen die Verhältnisse“ (Zschiesche, Interview, 20.03.2013).

3.2 Umweltwissenschaft in der DDR

Den wissenschaftlichen Unterbau für den Umweltschutz lieferte vor allem das 1953 entstandene Institut für Landesforschung und Naturschutz (ILN) in Halle. Das ILN hatte den staatlichen Auftrag im Bereich Naturschutz zu forschen und die politischen Organe durch fachliche Beratung und Koordination in ihrer Arbeit zu unterstützen. Zudem wurden hier Naturschutzhelfer/inn/en ausgebildet. Dieses Institut kann jedoch nicht mit den nicht-staatlichen Umweltforschungsinstituten der BRD verglichen werden, da das ILN nicht unabhängig von staatlichen Aufgaben und Anweisungen arbeiten konnte und somit auch keine wesentlichen Alternativen zum Status Quo entwickelte (Behrens 1993). Des Weiteren gab es noch einige auf bestimmte Themenfelder spezialisierte wissenschaftliche Institute, wie das „Institut für Kommunalwirtschaft“ in Dresden und das „Institut für Sekundärrohstoffwirtschaft“ in Berlin. Beide Institute forschten eher anwendungsorientiert im Bereich Abfall. Nicht zuletzt aufgrund von Rohstoffknappheit wurde in der DDR von Beginn an auf Recycling gesetzt und einige der Fehler im Bereich Abfallpolitik, die zur sprichwörtlichen „Wegwerfgesellschaft“ in der BRD führten, konnten vermieden werden. Positiv wirkte sich auch die größere Sparsamkeit der ostdeutschen Bevölkerung aus, die durch eine Mischung aus Aufgeklärtheit und Kritik an der Konsumgesellschaft sowie Notwendigkeit aufgrund von planwirtschaftlicher Mangelwirtschaft gespeist wurde (Brand, Corinna und Hofmann 2003). Kernforschung und Forschung rund um Atomenergie, die in Westdeutschland eine wichtige Rolle für das Herausbilden der nicht-staatlichen Umweltforschung spielte, wurde in der DDR ausschließlich in staatlichen Forschungseinrichtungen betrieben. Grundsätzliche Kritik an der Atomenergie war innerhalb dieses Systems jedoch nicht möglich. Wer es doch tat, musste mit Repressalien rechnen: Der bekannteste Atomkritiker der DDR, der Physiker Sebastian Pflugbeil, wurde ebenso wie viele Aktivisten der Umweltbewegung durch die Staatssicherheit überwacht. Seine Promotion wurde verweigert und erst nach dem Mauerfall anerkannt. Michael Beleites, der Verfasser der Dokumentation „Pechblende – Der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen“, wurde ebenfalls durch die Stasi überwacht, seine Reisefreiheit wurde eingeschränkt und berufliche Misserfolge „organisiert“ (Spiegel 1991; Zschiesche, Interview, 20.03.2013). Anders als in anderen sozialistischen Ländern fanden in der DDR allerdings kaum Wissenschaftler/innen den Weg zu den Umweltbewegungen. Diese Zurückhaltung wird häufig mit der Sorge um die eigene Karriere und Privilegien der ostdeutschen Forscher/innen erklärt (Jordan 1995).

3.3 Staatliche Organisation der Umweltbewegten: Die Gesellschaft für Natur und Umwelt

Im Jahre 1980 wurde die Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) im Kulturbund von der SED gegründet. In der GNU war der offizielle Umweltschutz in der DDR organisiert. Sie koordinierte und kontrollierte die Arbeit der Orts- und Fachgruppen, die sich bisher im Kulturbund organisiert hatten (Behrens 1993). Dadurch hatte die GNU schnell 40.000 Mitglieder und 16.000 Arbeitsgruppen. Die Gründung wird häufig als Reaktion auf die sich zunehmend verstärkenden Umweltprobleme, das darauf basierende, seitens der Bevölkerung wachsende Interesse an Umweltschutz und auf die

³ Teilnehmern der Umweltgruppen (Anm. der Verfasserinnen).

Wahlerfolge der GRÜNEN in der BRD interpretiert (Behrens 1993). Zusätzlich sollte die GNU zum internationalen Austausch mit ähnlichen Organisationen sowohl in verbündeten als auch in kapitalistischen Staaten dienen. Denn seit den 1970ern wurden Umweltthemen immer wichtiger auf der internationalen Agenda, was sich zum Beispiel an der UN Weltumweltkonferenz im Jahre 1972 in Stockholm zeigte. Die Arbeit der GNU konzentrierte sich jedoch auf Naturschutz, politische Fragen des Umweltschutzes und insbesondere die Auseinandersetzung mit den Ursachen der Umweltverschmutzung blieben außen vor. Dies lag auch an der starken staatlichen Kontrolle der GNU, welche dazu führte, dass es schnell tabuisierte Themen gab (Neubert 1997).

3.4 Die oppositionelle Umweltbewegung in der DDR

Die oppositionelle Bewegung der DDR kann in drei Hauptströmungen unterteilt werden, die Umwelt-, die Friedens-, und die Menschenrechtsbewegung (Beleites 2003). Zwischen den drei Bewegungen gab es viele Übereinstimmungen von Werten, Aktionen und Personen. Die Mobilisierung von Bürger/inn/en in einer Bewegung führte oft auch dazu, dass sie bezüglich anderer Themen politisiert wurden. Hauptakteure der DDR-Umweltbewegung waren die kirchliche Umweltbewegung und die Ostberliner Umweltbibliothek. Die Entstehung der Umweltbewegung in der DDR lief parallel zur deren Entstehung in der BRD, aufgrund des restriktiveren politischen Systems lief ihre Entwicklung jedoch anders ab und ihr Einfluss war kleiner. Wie bereits beschrieben, wurden Umweltthemen oft als Vehikel zu Systemkritik genutzt, was dazu führte, dass die Umweltbewegung unter strenger Beobachtung seitens des Ministeriums für Staatssicherheit stand. Hans Reichelt, der ehemalige Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft der DDR stellt dies 1990 so da: „Wenn ökologische Gruppen zu kritisch waren, wurden sie kriminalisiert“ (Behrens 1993). Dies zeigt sich auch darin, dass laut Dr. Michael Zschiesche, die meisten wichtigen Aktivist/inn/en in der Umweltbewegung eine „gebrochene Biographie“ haben, wie zum Beispiel Dr. Christof Tannert, der wegen „staatsgefährdender Gruppenbildung“ verhaftet wurde und dessen Dissertation annulliert wurde, oder Reinhard Piechoki, der Berufsverbot bekam. Beide waren später Gründungsmitglieder des Unabhängigen Instituts für Umweltfragen (UfU; Zschiesche, Interview, 20.03.2013). Das Thema Umwelt als Aufhänger für Systemkritik zu nutzen, war laut Zeitzeuge Dr. Helmut Weidner in anderen osteuropäischen Ländern auch verbreitet (Weidner, Interview, 04.12.2013).

Die Entwicklung der oppositionellen Umweltbewegung war besonders dadurch geprägt, dass sie sich in der Kirche organisierte. Die Kirche bot in der DDR immer wieder Freiraum für staatlich unerwünschte Auseinandersetzung. Nach Neubert 1997 basierte die kirchliche (d.h. hauptsächlich evangelische) Umweltbewegung auf vier Hauptaktivitäten: „die breite analytische und theologische Diskussion zur Leistungs- und Industriegesellschaft, die Aktivitäten des *Kirchlichen Forschungsheims Wittenberg*, die thematische Ausweitung der Friedensbewegung und eine Baumpflanzbewegung“. Die Kritik an der Leistungs- und Industriegesellschaft bestand vor allem aus der Problematisierung der ausbeuterischen Nutzung von Ressourcen und des Primats der Wirtschaft über der Umwelt. Diese Auseinandersetzung war stark von protestantischen Werten, wie Askese, Rationalität und Individualismus geprägt. So wurde neben der Systemkritik auch die Verantwortung des Einzelnen für einen umweltverträglichen Lebensstil betont. Die innerkirchliche Diskussion zum Stand der Umwelt zeigt sich in vielen Veröffentlichungen und Veranstaltungen, wie dem Arbeitspapier „Verantwortung der Christen in einer sozialistischen Gesellschaft für Umwelt und Zukunft des Menschen“ von 1978 oder dem Weltumwelttag 1983. Auch in Gesprächen zwischen Kirche und SED Regierung wurden Umweltfragen berücksichtigt. Diese kritische Diskussion wurde allerdings von Seiten der SED überwacht (Neubert 1997; Würth 1985).

Das kirchliche Forschungsheim Wittenberg, welches 1927 gegründet wurde, gewann ab Ende der 1970er Jahre an Bedeutung für die Umweltbewegung. Mit Ausstellungen, Seminaren, Informationsveranstaltungen und Publikationen informierte das Institut zum Thema Umweltschutz. Eine besonders wichtige Veranstaltung, die laut (Neubert 1997) stark politisierend auf Bürger/inn/en gewirkt hat und welche das Forschungsheim Wittenberg in seiner geschichtlichen Selbstdarstellung auch unterstreicht, war das Aktionswochenende „Mobil ohne Auto“, welches 1981 erstmals organisiert

wurde, und danach immer wieder stattfand. Das Forschungsheim Wittenberg kann somit als Multiplikator, Koordinator und als „verlässlichste Struktur der Umweltbewegung“ (Neubert 1997) gesehen werden (Pollack und Wielgohs 2010). Neben Forschung und Information zu nötigen individuellen Verhaltensänderungen stellte das Forschungsheim auch einen Forderungskatalog an die Regierung auf, in dem es Änderungen z.B. in der Wirtschaftspolitik oder mehr Transparenz forderte. Aufgrund der wichtigen Rolle, die das Forschungsheim für die Umweltbewegung hatte, wurde es vom Ministerium für Staatssicherheit stark kontrolliert. Das Forschungsheim achtete sehr darauf mit seinen Aktivitäten im legalen Rahmen zu bleiben. Trotzdem beschrieb das Ministerium das Forschungsheim 1983 als „Zentrum ..., an dem theoretische Grundlagen für gegnerische Zielstellungen im Sinne der Inspiration ‚alternativer Bewegungen‘ in der DDR ausgearbeitet werden und von dem aus Aktivitäten zur Organisation, Zusammenführung und Steuerung von Personen in den verschiedensten Bezirken der DDR zu einer ‚Grünen Bewegung‘ ausgehen“ (BStU 8. Februar 1983, 4 in Neubert 1997). Auch Dr. Michael Zschiesche weist auf die wichtige Rolle des Forschungsheims als „Kristallisationspunkt“ hin. Von besonderer Bedeutung für die Umweltbewegung waren nicht zuletzt die Vervielfältigungsmöglichkeiten der Kirche. Beispielsweise wurde „Pechblende“ von Michael Beleites im evangelischen Jungmännerwerk in Magdeburg gedruckt (Spiegel 1991). Wer die nötige Courage besaß, konnte mit relativ bescheidenen Mitteln viel erreichen, konstatiert der Zeitzeuge Michael Zschiesche: „[...] wenn man nur eine Kamera hatte und einfach Bitterfeld oder irgendwelche anderen Umweltpunkte filmte, [...] wurde das immer genutzt, von entsprechenden Politikmagazinen und damit hat man natürlich in der DDR wiederum auch einiges an Reaktionen ausgelöst, was man ja wollte. [...] im Gegensatz zu heute, was man heute für Apparate braucht um sich Gehör zu schaffen, im Vergleich zu damals war der Einsatz mit geringen Mittel viel zu bewirken gigantisch [...]. Aber das war nur aufgrund der besonderen Situation der Zweistaatlichkeit und dass [...] die Bundesrepublik immer [...] Interesse hatte an kritischen Berichten, war das natürlich gegeben.“

Die Baumpflanzbewegung entstand aus zunächst einzelnen Baumpflanzaktionen von Jugendgruppen in den Jahren 1979 und 1980, welche von Kirchen mit organisiert wurden und vom Staat finanziell unterstützt wurden. Begleitet wurden diese Aktionen von Informationsveranstaltungen für Jugendliche und von Gottesdiensten. Sie verbreiteten sich schnell in der ganzen DDR und wurden durch Informations- und Diskussionsveranstaltungen zum Politisierungsmoment besonders für junge Menschen. Das Forschungsheim Wittenberg begleitete diese Bewegung fachlich. Die zunächst staatliche Unterstützung schlug aufgrund des Politisierungspotenzials schnell in Überwachung und eine kritische Haltung gegenüber der Bewegung um. Mit staatlichen Begrünungsaktionen wurde versucht, die Bewegung zu schwächen und nicht-staatliche Baumpflanzaktionen und die begleitenden Aktionen somit überflüssig zu machen (Neubert 1997).

Über die Kirchen, das Forschungsheim Wittenberg und die Baumpflanzaktionen bildeten sich in den 1980er Jahren schnell viele Umweltortgruppen und Seminare. Diese trafen sich regelmäßig auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. In den Arbeitsgruppen standen nicht nur die Diskussion über nötige Änderungen im politischen und wirtschaftlichen System im Fokus, aufgrund der schlechten Informationslage zur Umweltsituation wurden auch selbst Umweltinformationen gesammelt und ausgewertet sowie mehr Transparenz und Demokratie gefordert. Außerdem wurden auch Maßnahmen zu Verbesserung der Umwelt und zur Mobilisierung und Aufklärung der Öffentlichkeit durchgeführt.

Nach (Beleites 2003) kann man die Entwicklung der Umweltbewegung in vier Phasen einteilen: (1) die Phase der global-ethischen Debatten (1979-1984), (2) die Phase der ökologisch motivierten Proteste mit regionalem Bezug (1984-1986), (3) die Phase des politisch motivierten Aufbruchs (1986-1989) und (4) die Phase der Abnabelung von der Kirche (1989-1990). Während die erste Phase durch die oben dargestellten Entwicklungen geprägt war, wurden in der zweiten Phase ab 1984 lokale Proteste um Themen wie Kohle, Chemie, Müll, Uran oder Waldsterben wichtig. Die daran teilnehmenden Gruppen wurden vom Ministerium für Staatssicherheit kontrolliert, dies führte jedoch zumeist zu einer stärkeren Politisierung statt der gewünschten Einschüchterung. Die dritte Phase wurde besonders durch den Reaktorunfall in Tschernobyl 1986 und die schlechte Informationslage bzw. Verharmlosung der Auswirkungen in der DDR verursacht. Diese Reaktion seitens der DDR-Regierung war besonders problematisch, da die meisten DDR Bürger durch Westmedien über das Ausmaß der Katastrophe

informiert waren. So entstand eine Bewegung, die Umweltthemen nutzte um Kritik an einem totalitären Regime, welchem das gesundheitliche Interesse seiner Bevölkerung scheinbar nicht wichtig war, zu üben.

Ende der 1980er wurden die Umweltbibliothek und das Arche Netzwerk als neue Akteure der Umweltbewegung wichtig. Die Umweltbibliothek wurde 1986 in der Berliner Zionskirchgemeinde nach dem Vorbild der oppositionellen Bibliotheken in Osteuropa und der Berliner Friedensbibliothek gegründet. Sowohl personell als auch örtlich war die Umweltbibliothek somit kirchlich geprägt. Fachliteratur wurde u.a. durch die GRÜNEN in der BRD beschafft, doch noch im selben Jahr wurden eigene Samisdatzeitschriften rausgegeben. In der Berliner Umweltbibliothek fanden auch Veranstaltungen und Vervielfältigung von Veröffentlichungen statt. Von Anfang an wurde die Umweltbibliothek vom Ministerium für Staatssicherheit überwacht. Weitere Umweltbibliotheken entstanden, wie in Leipzig, wo 1988 eine Umweltbibliothek von der AG Umweltschutz des Jugendpfarramts gegründet wurde (Umweltbibliothek Leipzig). Laut Zeitzeuge Prof. Dr. Udo Simonis waren in den Umweltbibliotheken auch wissenschaftliche Papiere des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft (IIUG) am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung zu finden. Das IIUG produzierte etwa 50 dieser Papiere und druckte diese in der hauseigenen Druckerei. Auf unbekanntem Wege gelangten diese dann in die DDR, denn sie schienen im Gegensatz zu Büchern nicht so stark vom Ministerium für Staatssicherheit abgefangen zu werden. Laut Simonis waren „diese Papers [...] unglaublich wichtig für die Umweltbewegung in der DDR“ und „nach der Wende konnte man feststellen, dass wo immer es eine Umweltbibliothek gab, sie die IIUG Papers fanden“ (Simonis, Interview, 20.03.2013). Das parteiähnliche Netzwerk „Arche“ entstand aus der Umweltbibliothek Berlin heraus, spaltete sich 1988 davon ab und wirkte als Kommunikations- und Koordinationszentrum. Diese Phase endete mit der starken Beteiligung der Umweltbewegung in der Demokratiebewegung, welche letztendlich zum Fall der Mauer und der Wiedervereinigung 1989/90 führte (Beleites 2003; Neubert 1997; Pollack und Wielgoß 2010; Pollack 2000).

Die vierte von Beleites (2003) aufgeführte Phase, die Abnabelung der Umweltbewegung von der Kirche in der BRD wird im nächsten Teil zur Umweltpolitik und Bewegung in der Wendezeit analysiert.

3.5 Umweltpolitik und -bewegung zur Wendezeit

Kurz nach der friedlichen Revolution entstand 1989 die *Grünen Partei...Bündnis 90*, die sich vor allem aus dem Netzwerk Arche speiste. Dies wurde teilweise kritisch beäugt, zum Beispiel vom Forschungsheim Wittenberg, da ökologische Interessen ihrer Meinung nach in allen Parteien vertreten werden sollten, anstatt sie in einer Partei zu bündeln. Auch die GNU war gegen eine solche Parteibildung, denn sie sah sich selbst als möglichen politischen Akteur. So wurde neben der *Grünen Partei* auch die *Grüne Liga* gegründet, ein noch immer existierendes Netzwerk der ökologischen Bewegung, in die große Teile der GNU-Gruppen eintraten. Durch den Eintritt der Aktiven der Umweltbewegung in politische Initiativen und Parteien verlor die Kirche als zentraler Raum der Bewegung an Bedeutung. Ende 1989 wurde der Zentrale Runde Tisch berufen, an dem die in der Volkskammer vertretenen Parteien und die oppositionellen Gruppen, wie auch die *Grünen Partei* und die *Grüne Liga*, den Ablauf der Demokratisierung besprechen sollten. Obwohl 1990 eine Umweltunion im Umweltrahmengesetz der DDR ausgerufen wurde, in der die DDR Umweltpolitiken der BRD übernahm, wurde schnell klar, dass das wirtschaftliche, finanzielle und soziale Zusammenwachsen der beiden Staaten im Vordergrund stand. So verlor auch die Umweltbewegung stark an Bedeutung. Die Umweltbibliothek löste sich auf, ein Teil der Aktiven zog sich in traditionelle Naturschutzverbände und Kirchen zurück, während sich andere Akteure in den Parteien organisierten (Beleites 2003; Neubert 1997). Dr. Michael Zschiesche nennt in seinem Interview einen weiteren Erklärungsansatz: Laut Zschiesche wurde das Thema Umwelt in der DDR oft nicht um ihrer selbst willen angesprochen, sondern als Möglichkeit Kritik am System der DDR zu üben. Dadurch verlor die Umweltbewegung nach der Wende an Macht und Größe.

In der Folgezeit mussten aufgrund der starken Umweltverschmutzung in der DDR große Investitionen getätigt werden, um Umweltschäden zu beseitigen. Schätzungsweise 200 Milliarden DM wurden für ökologische Sanierungsmaßnahmen und eine

moderne Umweltinfrastruktur investiert. Trotzdem scheinen im Umweltbereich viele Reformmöglichkeiten verpasst worden zu sein (Beleites 2003). So sind fast keine ökologisch ausgerichteten Industrien in den neuen Bundesländern entstanden. Außerdem hätten gezielte Investitionen zum Beispiel im Bereich Mobilität und Abfall zu nachhaltigeren Infrastrukturen führen können (Zschiesche 2003).

3.6 Die Umweltpolitikberatung in den neuen Bundesländern

Auch Jahre nach der Wende lassen sich Unterschiede bezüglich der Umweltbewegung und der unabhängigen Umweltinstitute sehen. So sind Mitgliedszahlen in Umweltverbänden und umweltpolitischen Organisationen in den neuen Bundesländern niedriger als in den alten (Zschiesche 2003). Zudem gibt es weniger Organisationen im Umweltschutz und der Umweltverwaltung. Als originär ostdeutsche Organisationen müssen die *Grüne Liga* und das Unabhängige Institut für Umweltfragen (UfU) genannt werden, auf welche im Folgenden noch näher eingegangen wird.

Nach der Wende wurden, besonders wegen der hohen Umweltverschmutzung, viele Institute geschaffen, die sich mit Umweltfragen beschäftigen. Hierzu zählen die Leibniz Institute in Dresden, Leipzig und Erkner, das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung in Leipzig, Halle/Saale und Magdeburg sowie das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. All diese Institute werden durch den Bund und das jeweilige Land grundfinanziert. Die finanzielle Sicherheit dieser Institute sowie der Vorzug rein wissenschaftlich arbeiten zu können (und nicht zusätzlich administrative Aufgaben übernehmen zu müssen) zog viele Aktive der Umweltbewegung an. Dr. Michael Zschiesche nennt diese Abwanderung an staatlich geförderte Institute, aber auch in neue politische Ämter als einen wichtigen Grund, dass die kritische, unabhängige Umweltwissenschaft Schwierigkeiten hatte, sich in Ostdeutschland nach der Wende zu entwickeln. Darüber hinaus nennt Zschiesche das fehlende Interesse der Zivilgesellschaft an Umweltthemen in Ostdeutschland.

Die Grüne Liga arbeitet auch heute noch als Netzwerk der ostdeutschen Umweltbewegung. In allen neuen Bundesländern bestehen Landesverbände der Grünen Liga. So versteht sich die Grüne Liga auch als Organisation, die sich mit den spezifisch ostdeutschen Problemen beschäftigt, welche durch die spezielle soziale, wirtschaftlich und ökologische Lage der neuen Bundesländer entstehen (Grüne Liga e.V.). Das Netzwerk bezieht sich stark auf seine Wurzeln in der DDR Umweltbewegung, und sieht sich so als „subversives Element“ im Kapitalismus (Grüne Liga e.V.).

Das UfU war mit seiner Gründung im Jahre 1990 das erste nicht-staatliche Institut im Umweltbereich in der DDR. Es wurde von etwa 40 ostdeutschen Wissenschaftler/inn/en mit dem Ziel gegründet, „bürgernah und zeitkritisch die umweltpolitische Entwicklung in (Ost)Deutschland zu analysieren und zu befördern“ (Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. 2012). Das Institut ist als eingetragener Verein organisiert und basiert auf der Mitgliedschaft von etwa 250 Personen. Es sitzt in Berlin und Halle/Saale und sieht sich als Bürgerorganisation, die sich in der Tradition der DDR Bürgerbewegung versteht (Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. 2012). Durch diese Identität als mitgliedschaftsbasierte, partizipative Bürgerorganisation grenzt sich das UfU von anderen west-deutschen unabhängigen Umweltpolitikinstituten ab. Laut Dr. Michael Zschiesche war ein Leitgedanke für die Gründung des Instituts der „staatlich verordneten umweltpolitischen Unmündigkeit in Umweltfragen durch eine unabhängige Instanz etwas entgegenzusetzen“. Auch wenn dieser Gedanke zum Teil auch bei früheren Gründungen von unabhängigen Instituten in der BRD wiederzufinden ist, so richtet sie sich in Westdeutschland, laut Zeitzeuge Dr. Ulrich Höpfer, nicht nur gegen den Staat sondern besonders gegen die etablierte Wissenschaft. Dieser starke Rückbezug auf den Ursprung in der DDR Umweltbewegung ist ein Merkmal der spezifisch ostdeutschen Umweltpolitikberatung. Auch inhaltlich arbeitet das UfU durch seine geschichtliche Prägung teilweise anders. So richtet sich die internationale Arbeit des UfUs vor allem an mittel- und osteuropäische Länder, wie Polen, Moldawien und Tschechien. Dr. Michael Zschiesche bezieht dies auf die „spezifische[...] ostdeutsche[...] Transformationsgeschichte“, durch die es etwas „Verbindendes“ zwischen dem UfU und Partnern in diesen Ländern gäbe. Neben dem UfU konnte sich in den neuen Bundesländern nur das Umweltinstitut Leipzig als außeruniversitäre Forschungseinrichtung behaupten.

4. ABSCHLUSSDISKUSSION

In diesem Papier wurde die Entwicklung der Umweltbewegung in der DDR und die darauf aufbauende Landschaft der Umweltpolitikberatung in den neuen Bundesländern beschrieben. Hierbei ist klar geworden, dass die desaströse Lage der Umwelt in der DDR zusammen mit fehlender Transparenz zu Umweltdaten und die allgemeine Unterdrückung der Bevölkerung dazu führten, dass das Umweltthema viele Menschen politisierte. Unter dem Dach der Kirchen konnte sich eine kleine, aber aktive Umweltbewegung formatieren. Neben Protest, Aufklärung und Mobilisierung von Bürger/inn/en sammelten die Aktivist/inn/en auch Umweltinformationen und führten Aktionen zur Verbesserung der Umwelt durch. Die Aktivist/inn/en wurden häufig vom Ministerium für Staatssicherheit überwacht und wurden teilweise stark in ihrer Freiheit eingeschränkt, z.B. durch Berufsverbot oder Gefängnisstrafen. Wichtige Akteure waren neben dem kirchlichen Forschungsheim in Wittenberg auch die Umweltbibliotheken, die Arche und die Baumpflanzgruppen. Gemeinsam mit anderen Bewegungen, wie der Friedens- und der Menschenrechtsbewegung, unterstützte die Umweltbewegung 1989 die friedliche Revolution. In der Wendezeit beteiligten sich Aktive der Umweltbewegung am Zentralen Runden Tisch und wurden in Vereinen und Parteien wie den GRÜNEN, der Grünen Liga und dem unabhängigen Institut für Umweltfragen (UfU) aktiv. Nach der Wende wurden in Ostdeutschland viele staatlich geförderte Umweltforschungsinstitute, wie die Leibnizinstitute gegründet. Hier und in der Politik fanden viele Aktive der Umweltbewegung Beschäftigung, was laut dem Zeitzeugen Dr. Michael Zschiesche zur Schwächung der unabhängigen, kritischen Umweltbewegung und -forschung in den neuen Bundesländern führte.

Im Vordergrund des Projekts „Vom ‚blauen Himmel über der Ruhr‘ bis zur Energiewende“ stand die Datensammlung. Die insgesamt sieben Kurzpapiere können nur ein „Appetitthappen“ für eine intensive wissenschaftliche Auswertung des Materials sein. Nichtsdestotrotz konnten auch in dieser kurzen Analyse interessante Zusammenhänge aufgezeigt werden, die nicht nur von historischem Wert sind: in der DDR wirkte sich insbesondere das Primat der Wirtschaft und das Verfolgen von wirtschaftlichen Planzielen negativ auf den Umweltsituation aus. Gekoppelt mit der Monopolisierung des Umweltschutzes, der Umweltinformationen und systembedingter Kritikunfähigkeit führte dies zu dramatischer Umweltverschmutzung und dadurch bedingten Gesundheitsschäden für die DDR Bevölkerung. Zu Beginn des Papiers wurde jedoch auch gefragt, ob die ostdeutsche Umweltbewegung auch Vorteile gegenüber der westdeutschen Umweltbewegung hatte. Angesichts der Repressalien, unter denen Umweltbewegte in der DDR litten, ist es schwierig „Vorteile“ der Umweltbewegung der DDR zu finden. Eine Mischung aus systembedingter Kapitalismuskritik und Mangelwirtschaft hat in der DDR jedoch auch zu größerer Bescheidenheit und Sparsamkeit geführt, die sich bis heute in ostdeutschen Umweltmentalitäten findet (Brand, Corinna und Hofmann 2003) und sich positiv auf umweltpolitische Ziele auswirken kann. In Westdeutschland dominieren hingegen, trotz einer deutlich stärkeren Umweltbewegung, konsumorientierte Wohlstandsvorstellungen. Eine weitere Analyse der umweltpolitischen Folgen des politischen Systems anhand eines Vergleichs der DDR und Westdeutschlands – oder der heutigen Bundesrepublik kann weitere Einsichten zu Systemzwängen liefern.

Literatur und Quellen

- Behrens, Hermann. 1993. *Wurzeln der Umweltbewegung. Die Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) im Kulturbund der DDR*. 1. Aufl. Marburg: BdWi-Verl.
- Beleites, M. 2003. Die sozialistische Landwirtschaft aus Sicht der kirchlichen Umweltbewegung in der DDR. *Horch und Guck* 41: 28–34. (Zugegriffen: 27. März 2014).
- Brand, Karl-Werner, Fischer Corinna und Michael Hofmann. 2003. Lebensstile, Umweltmentalitäten und Umweltverhalten in Ostdeutschland. *UFZ-Bericht* 11.
- Gesetzblatt der DDR. 1970. *Gesetz über die planmäßige Gestaltung der sozialistischen Landeskultur der Deutschen Demokratischen Republik. Teil I Nr.12*.
- Grüne Liga e.V. Geschichte - GRÜNE LIGA e.V. <http://www.grueneliga.de/geschichte.html> (Zugegriffen: 8. April 2014a).
- . Grundsätze - GRÜNE LIGA e.V. <http://www.grueneliga.de/grundsätze.html> (Zugegriffen: 9. April 2014b).
- Jordan, C. 1995. Akteure und Aktionen der Arche. *Arche Nova*. Berlin.
- Kloepfer, Michael. 2004. *Umweltrecht*. 3. Aufl. München: Beck. <http://www.gbv.de/dms/hebis-mainz/toc/121842185.pdf> (Zugegriffen: 23. Februar 2010).
- Larson, Mary A. 2006. Research Design and Strategies. In: *Handbook of oral history*, hg. von Thomas L. Charlton, Lois E. Myers, und Rebecca Sharpless, 105–134. Lanham, MD.
- Meyerhoff, Jürgen, Ulrich Petschow und Claus Thomasberger. 1990. Umweltreport DDR des IÖW: Ökologischer Umbau der DDR. *Ökologisches Wirtschaften* 5, Nr. 2. <http://www.oekologisches-wirtschaften.de/index.php/oew/article/viewArticle/717> (Zugegriffen: 9. April 2014).
- Neubert, Ehrhart. 1997. *Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989*. Links.
- Pollack, D. und J. Wielgohs, Hrsg. 2010. *Akteure oder Profiteure? - Die demokratische Opposition in den ostmitteleuropäischen Regimeumbrüchen*. Springer VS. <http://www.springer.com/springer+vs/politikwissenschaft/book/978-3-531-15576-0> (Zugegriffen: 27. März 2014).
- Pollack, Detlef. 2000. *Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR*. Opladen: Leske + Budrich.
- Ritchie, Donald A. 2003. *Doing Oral History: a practical guide*. Oxford.
- Rosenblatt, Sabine. 1986. *Der Osten ist grün? Ökoreportagen aus d. DDR, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Polen Ungarn*. Hamburg; Zürich: Rasch und Röhring.
- Schwartau, Cord. 1985. Die Entwicklung der Umwelt in der DDR. Neue Probleme durch Renaissance der Braunkohle. In: *Umweltprobleme und Umweltbewusstsein in der DDR*, hg. von Redaktion Deutschland Archiv. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Shopes, Linda. 2002. What is Oral History? In: *Making Sense of Evidence series on History Matters: The U.S. Survey on the Web*, 1–23. <http://historymatters.gmu.edu/mse/oral/oral.pdf>.
- Spiegel. 1991. Unter strikter Konspiration, 42. Auflage.
- Timm, Gerhard. 1985. Die offizielle Ökologiedebatte in der DDR. In: *Umweltprobleme und Umweltbewusstsein in der DDR*, hg. von Redaktion Deutschland Archiv. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Umweltbibliothek Leipzig. Geschichte - Umweltbibliothek Leipzig. *Umweltbibliothek Leipzig*. <http://www.umweltbibliothek-leipzig.de/geschichte.html> (Zugegriffen: 9. April 2014).
- Unabhängiges Institut für Umweltfragen e.V. 2012. Organisation | Ufu.de. *Ufu.de*. http://www.ufu.de/de/das-institut/organisation.html?searched=geschichte+des+ufu&advsearch=allwords&highlight=ajaxSearch_highlight+ajaxSearch_highlight1+ajaxSearch_highlight2+ajaxSearch_highlight3 (Zugegriffen: 8. April 2014).
- Waschkuhn, Arno und Alexander Thumfart. 1999. *Politik in Ostdeutschland. Lehrbuch zur Transformation und Innovation*. München ua: Oldenbourg.
- Würth, Gerhard. 1985. *Umweltschutz und Umweltzerstörung in der DDR*. Lang.
- Zschesche, Michael. 2003. Umweltschutz in Ostdeutschland - Versuch über ein schnell verschwundenes Thema | bpb. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B27. <http://www.bpb.de/apuz/27550/umweltschutz-in-ostdeutschland-versuch-ueber-ein-schnell-verschwundenes-thema?p=all> (Zugegriffen: 8. April 2014).
- . 2012. Explosionen in Bitterfeld. *Horch und Guck* 76: 63–67.

Zitierte Zeitzeug/inn/en

- Höpfner, Ulrich (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 29. Mai 2013.
- Jahn, Thomas (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 04. Dezember 2013.
- Sailer, Michael (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 19. September 2013.
- Simonis, Udo Ernst (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 20. März 2013.
- Weidner, Helmut (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 04. Dezember 2013.
- Zschesche, Michael (2013): Interview im Rahmen des Projekts „Vom 'blauen Himmel über der Ruhr' bis zur Energiewende – Entstehung und Entwicklung der wissenschaftlichen Umweltpolitikberatung“, Berlin, 20. März 2013.

Das Ecologic Institut bedankt sich bei allen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die bei diesem Projekt mitaewirkt haben.